

**CDU-Kreistagsfraktion zum Haushaltsplan 2015
des Enzkreises
Kreistagssitzung vom 15. Dezember 2015,
Fraktionsvorsitzender Günter Bächle**

Die Beratungen in den Ausschüssen zum Haushaltsplan 2015,

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herrn,
erinnern mich an einen Schlagertext von Johanna von Koczian aus dem Jahr 1977, in dem es heißt: „Das bisschen Haushalt macht sich von allein ... Das bisschen Haushalt kann so schlimm nicht sein“. Gemeint war zwar ein anderer Haushalt, aber der Text lässt sich auch auf unseren Haushalt anwenden. Denn für den Kreistag machte sich dieser Haushalt fast ganz allein und er war gar nicht schlimm. Die Veränderungen und Einsparungen lieferte die Verwaltung selbst und zwar im Express-Tempo.

Dabei gehört es zum Königsrecht des Kreistags, den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf zu korrigieren. Aber diese Arbeit erledigte die Verwaltung auch noch selbst. Die Folge: Große Harmonie zwischen den Fraktionen, zwischen Kreistag und Verwaltung. Man kann auch sagen:

Es merkt ganz schön im Kreistag des Enzkreises.

Kein Streit um die Kreisumlage, alle waren sich im Ziel schwarze Null einig. Keine neuen Schulden. Allumfassendes Lob für den „gemeinsamen Kraftakt“ gab es dann auch noch in der Öffentlichkeit so im Kommentar in der PZ. Das tut auch gut. Also: Jetzt kann Weihnachten werden.

Und trotzdem erwischt man sich selbst bei einem Gedanken. Warum wird im VWA in der letzten Vorberatungsstation so kurzfristig "zwischen Tür und Angel" und ohne Vorlage mitgeteilt, dass der Haushalt 2015 um 1,8 Millionen Euro entlastet werden kann? Das hat sich der Landrat doch nicht in den 10 Minuten vor der Sitzung ausgedacht! Sind die 1,8 Millionen etwa die Verhandlungsmasse, die sich die Verwaltungsspitze für den Fall zurückgehalten hat, dass sie mit einer Absenkung der Kreisumlage konfrontiert werden würde? War das schon Teil einer Strategie bei der Einbringung des Etatentwurfs? Das Klagelied des Landrats in seiner Haushaltsrede wegen der von der Verwaltung vorgeschlagenen neuen Schulden lässt darauf schließen. Die Verwaltung hätte ja gleich einen solchen Entwurf aufstellen können. Aber dann wäre garantiert die Umlagediskussion ausgebrochen. Also lenkte man die Aufmerksamkeit auf die schwarze Null. Ein gelungenes Ablenkungsmanöver.

Aber, verwerfen wir sofort wieder solch liederliche Gedanken, schließlich soll Weihnachten werden und loben ausdrücklich die Kreativität der Verwaltung. Tatsächlich können Landkreis und seine 28 Kommunen mit dem Haushaltsplan in der vom VWA einstimmig empfohlenen Fassung gut leben. Vor Ort wird das möglicherweise nicht immer ganz so positiv gesehen. Mit dem unveränderten Umlagesatz von 32,6 Punkten bezahlt die eine Hälfte der Kommunen nächstes Jahr in absoluter Summe mehr, die andere Hälfte weniger Umlage.

Es sind zwar bei den Personalausgaben 150.000 Euro pauschal eingespart worden. Die neuen Stellen bekommt die

Verwaltung aber doch, zum Beispiel für den Brandschutz und im Umweltamt. Zaghafte Versuche im VWA, sie in Frage zu stellen, überlebten den Vorschlag der Verwaltung, den Etat um jene 1,8 Millionen Euro zu entlasten, nicht. Wir liegen im laufenden Jahr bei den Personalkosten mit 146 Euro pro Einwohner hinter dem Landesdurchschnitt von 181 Euro, doch es gibt Landkreise, die kommen mit weniger als 146 Euro aus, zum Beispiel der Rhein-Neckar-Kreis mit 135, Esslingen mit 138 und Tübingen mit 144 Euro je Einwohner aus. Zugegeben, es gibt auch andere Landkreise, insbesondere in der Region Nordschwarzwald - eine vertiefende Betrachtung im Laufe des nächsten Jahres würde sich lohnen.

Rund 70,3 Millionen Euro Einnahmen aus der Kreisumlage ermöglicht dem Landkreis nach wie vor ein Agieren auf hohem Niveau. Wir erinnern uns: Vor drei Jahren waren es noch 51 Millionen Euro. Von Steigerungsraten um gut ein Drittel können Arbeitnehmer nur träumen. Versüßt werden die 70,3 Millionen Euro mit einem Plus von 5,2 Millionen Euro bei den Schlüsselzuweisungen vom Land, um 1,4 Millionen Euro geringeren Umlagen, die der Kreis bezahlen muss. Dass der Bund die Grundsicherung im Alter inzwischen voll übernimmt, entlastet auch den Etat.

Man stelle sich vor, die 4,8 Millionen Euro Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung müssten wir weitgehend selbst finanzieren, wie es bei der Einführung durch Rot-Grün der Fall war. Dass Schwarz-Gelb später schrittweise die volle Übernahme durch den Bund beschlossen hat, was auch umgesetzt wurde, entlastet die Enzkreis-Gemeinden um mehr als zwei Punkte Umlage. Jetzt

steigt der Bund auch in die Übernahme von Kosten der Eingliederungshilfe ein – unter der Großen Koalition, die hier Zusagen von Schwarz-Gelb einlöst. Wir merken uns: Die Schwarzen waren bei der Entlastung der Kommunen immer ganz vorne mit dabei.

Trotzdem wächst der Zuschussbedarf für den Teilhaushalt 4 Jugend und Soziales von 2014 auf 2015 um 6,6 Millionen Euro auf fast 61 Millionen Euro. Wir haben zwar leichte Entlastungen beim Zuschussbedarf bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen durch erstmalige Erstattungen des Bundes, dafür aber deutliche Anstiege vor allem bei der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie bei den individuellen Hilfen für junge Menschen und Familien. Der letztere Punkt veranlasst doch zum Hinterfragen, wie effizient unsere vorbeugende Arbeit ist, wenn gleichzeitig die Fallzahlen dieser individuellen Hilfen des Jugendamtes seit 2011 von 708 auf voraussichtlich 959 im nächsten Jahr steigen.

Jedenfalls brauchen wir 88 Euro von 100 Euro Kreisumlage, um den Zuschussbedarf des Teilhaushalts 4 zu decken. Ein schwacher Trost ist, dass bei anderen Landkreisen der Anteil höher ist: In Böblingen fließt die Umlage voll ins Soziale und reicht nicht einmal ganz dafür aus. In Ludwigsburg sind es 90 von 100 Euro. Doch selbst wenn die Konjunktur weiter auf Hochtouren läuft und die Zahl der Langzeitarbeitslosen nicht steigen oder sogar sinken sollte, die Sozialleistungen werden kaum zurückgehen. Allein die erfreulicherweise steigende Lebenserwartung und die damit einhergehende zunehmende Zahl der Pflegebedürftigen werden im Kreishaushalt bemerkbar werden.

Hinzu kommen der Ausbau der Kinderbetreuung und die Inklusion behinderter Schüler in allgemeinbildende Schulen. Dazu die steigende Zahl der Flüchtlinge – angesichts der Krisenherde und Kriegsgebiete unter anderem in Nahen Osten und in Afrika, der Angst der Menschen um Leib und Leben, wird diese Zahl weiter ansteigen. Wir appellieren ans Land, die Kosten der Flüchtlingsunterbringung durch den Kreis und der Anschlussunterbringung durch die Städte und Gemeinden voll zu übernehmen. Und wir verweisen darauf, dass nicht nur die Kommunen bei der Unterbringung unter Druck stehen, auch die Schulen stehen vor großen Problemen, wenn zum Beispiel innerhalb von wenigen Monaten eine größere Zahl von Kinder ohne jegliche Deutschkenntnisse zu unterrichten sind. Hier erwarten wir zusätzliche Lehrer für Sprachunterricht.

Was die Kosten der Inklusion im Schulbereich betrifft, so bleibt die Kostenentlastung für die Kommunen im Ungefähren. Wenn Kultusminister Stoch laut dpa-Meldung vom 1. Dezember 2014 sagte – ich zitiere – „Zunächst werden wir überschaubare Aufwendungen haben, keine massenhaften Mehrkosten“, so frage ich mich: Was heißt „zunächst“? Kommen die massenhaften Mehrkosten später? Jedenfalls brauchen wir klare Kostenzusagen durch das Land: Der Enzkreis ist als Träger der Förderschulen darauf angewiesen. Im Vordergrund muss bei allen Entscheidungen das Kinderwohl stehen.

Diese Beispiele finanzieller Herausforderungen belegen, dass wir weiterhin auf sprudelnde Steuereinnahmen der Kommunen angewiesen sind. Dabei wissen wir, dass wir im Enzkreis eine unterdurchschnittliche Steuerkraft haben. Da

verzeichnen wir aktuell ein Minus von 1,49 Prozent. Ludwigsburg hat einen Rückgang von 0,1 Prozent, Esslingen und Rems-Murr verzeichnen Zuwächse – im Landesdurchschnitt ist es ein Zuwachs von vier Prozent.

Aber werden die Steuereinnahmen auf Dauer so kräftig sprudeln? Wir leben auch in einer sehr schnelllebigen Zeit, in der sich von heute auf morgen vieles verändern kann, in einer Zeit, die auch sehr schnell vergisst. Wer erinnert sich noch an 2009/2010? Nach jahrelanger Stagnation bzw. nach Rückgang der Steuereinnahmen und nach einem kurzen dreijährigen Zwischenhoch beklagte man die größte Finanz- und Wirtschaftskrise. Tatsächlich ging innerhalb eines Jahres die Steuerkraft der Städte und Gemeinden um bis zu einem Fünftel zurück.

Welche Folgerungen ziehen wir daraus 2015 und darüber hinaus?

1. Die Kreisverwaltung muss die Städte und Gemeinden bei der Ausweisung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie bei der Ansiedlung neuer Betriebe (auch aus Pforzheim) unterstützen. Sie bringen Steuern und Arbeitsplätze. Wenn neue Gewerbegebiete belegt werden wie im Heckengäu, müssen die ÖPNV-Anschlüsse durch den VPE auch über Grenzen hinweg stimmig gemacht werden.
2. Nach der Fortschreibung der Bevölkerungsentwicklung durch das Statistische Landesamt wächst der Enzkreis bis 2020 um 0,8 Prozent und damit weniger als die Region Nordschwarzwald (plus ein Prozent), die

Nachbarregion Stuttgart (plus 3,3 Prozent) und bleibt auch hinter dem Zuwachs im Landesdurchschnitt (plus 2,7 Prozent) zurück. Bis 2030 schrumpfen fast alle Kreise, aber der Enzkreis (minus 1,3 Prozent) stärker als die Region Nordschwarzwald (minus 0,9 Prozent), stärker als die Region Stuttgart (minus 0,1 Prozent) und das Land im Mittelwert (minus 0,5 Prozent). Kommunen und Kreisen haben ein gemeinsames – auch finanzielles Interesse – die Einwohnerzahlen mittelfristig zumindest zu stabilisieren. Dazu brauchen wir einen gemeinsamen Pakt. Jeder Einwohner weniger bedeutet tendenziell weniger Steuereinnahmen sowohl bei den Städten und Gemeinden als auch beim Landkreis.

3. Standards gehören überprüft. Das fordern meist alle, doch im Einzelfall scheitern die Bemühungen an der Auffassung, das Beste sei gerade gut genug. Doch häufig reicht auch das Gute.
4. Unsere öffentlichen Haushalte sind heute nur ausgeglichen, weil die Steuerquellen so kräftig sprudeln wie noch nie. Auf der Ausgabenseite haben auch wir wenig – um nicht zu sagen – nichts zum Besseren gewendet. Schon vor einem Jahr hat die CDU-Fraktion die Kreisverwaltung aufgefordert, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren. Das geschieht immer noch nicht. Sie kümmert sich zunehmend um Themen, für die sie keine Zuständigkeit hat. Ein Beispiel: die Gesundheitskonferenz zur Hausärzteversorgung. Diese Arbeit werde vom vorhandenen Personal geleistet, hieß es auf Rückfragen der CDU im Sozial-

und Kulturausschuss. Jetzt haben wir dafür zusätzlich 0,1 Stellen im Etat. Das ist nicht die Welt, aber meist fängt es so an. Weshalb brauchen wir Hauptamtliche im Landratsamt, die die Ehrenamtlichen anleiten? Muss der Kreistag jede zusätzliche Beratungsstelle durchwinken? Muss die Kreisverwaltung auf jeder neuen Hochzeit tanzen? Wir alle wissen, wie schwer es ist, einmal eingegangene freiwillige Leistungen auch in finanziell stürmischen Phasen zu streichen. Das Beispiel Jugendmusikschulen lässt grüßen.

Wichtig ist, dass wir unsere finanziellen Ressourcen auch dann, wenn sie schrumpfen, auf unsere eigentlichen Aufgaben konzentrieren können. Das fällt schwer, wenn wir für Beiwerk bezahlen müssen.

Zu diesem Kerngeschäft gehören die Kliniken, die uns schon jetzt vor große Herausforderungen stellen. Die CDU-Fraktion bekennt sich erneut zu den Kliniken als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Das Oberlandesgericht Stuttgart hat in der Klage privater Krankenhausbetreiber gegen den Landkreis Calw wegen Defizitfinanzierungen diese Position jüngst ebenfalls vertreten. Aber auch kommunale Häuser müssen finanzierbar bleiben. Nachdem das Defizit der Kliniken 2013 geringer ausfiel als in der Unternehmensplanung vorgesehen, erleben wir nach den Prognosen für 2014 mit hoher Wahrscheinlichkeit das Gegenteil. Die Trendwende ist also noch nicht geschafft. Wir müssen 2014 wieder mehr als fünf Millionen Euro Defizit hinnehmen, den Kapitaldienst für die Investitionen nicht einbezogen.

Die CDU-Fraktion erwartet, dass der auf unseren Druck hin genannte Terminplan zu Entscheidungen über das medizinische Gutachten der Regionalen Kliniken Holding von der Geschäftsführung strikt eingehalten wird. Am Standort Mühlacker erhoffen wir uns höhere Erträge von der bis Frühjahr 2015 laufenden Sanierung der Stationen und des Ausbaus des medizinischen Angebots, unter anderem durch eine Stärkung von Kardiologie, Geburtshilfe und Radiologie. Was den Standort Neuenbürg betrifft, so sind dort die Herausforderungen kleiner Standorte besonders spürbar, was sich in den Betriebsergebnissen durch ein überdurchschnittlich hohes Defizit niederschlägt. Auch das bleibt ein Thema. Was uns Lösungen erschwert ist die Tatsache, dass niemand weiß, wie die Details der für 2016 vom Bund geplanten neuen Krankenhausfinanzierung aussehen wird. Und ob dieser Termin eingehalten wird. Die Politik der Verschiebung ist, wenn es schwierig wird, ein immer wieder geliebtes Instrument.

Gegenüber den finanziellen Herausforderungen der Kliniken sind die anderen Probleme überschaubarer oder zumindest finanziell zu fassen. Wir steckten unterm Strich bis jetzt 15 Millionen Euro in die Berufsschulen in Mühlacker, letztlich werden es 20 Millionen Euro werden. Sozusagen ganz neue Schulgebäude. Positiv zu erwähnen ist, dass einzelne Bauabschnitte deutlich günstiger abgerechnet werden konnten als geplant. Was fehlt, ist die Lösung des Parkplatzproblems. Hier verlassen wir uns auf die Zusicherung der Verwaltung, Lösungen zeitnah zu suchen. Jedenfalls haben wir unsere Berufsschulen gestärkt und senden so auch Signale an die Wirtschaft: Uns ist die Ausbildung junger Menschen viel wert.

Was den ÖPNV betrifft, so erinnern wir an unser altes Anliegen, die Beseitigung der Tarikhürden zwischen Verbänden, vor allem zum Stuttgarter Verbund VVS. Wer im VVS-Gebiet arbeitet und im VPE-Gebiet wohnt, merkt spätestens dann, wenn er/sie eine Monatskarte braucht, dass dies ein teures Unterfangen ist, das den auch aus Klimaschutzgründen erwünschten Umstieg vom Pkw auf Bus und Bahn wirtschaftlich uninteressant macht. Selbsterfahrungen wären der Spitze der Kreisverwaltung zu wünschen. Sie möge ein attraktives Angebot fürs Umsteigen auf den ÖPNV als Beitrag zum Klimaschutz verstehen - auch wenn es dafür weder einen European Award noch eine Stelle noch eine GmbH gibt.

Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass in der ersten Sitzungsrunde des nächsten Jahres ihr Antrag, im Enzkreis zusätzliche Tarifpunkte mit dem VVS zu schaffen, behandelt wird. Die zu Jahresbeginn geschaffenen VVS-Tarifpunkte Heimsheim und Lehnigen haben sich bewährt. Der Aufsichtsratsvorsitzende des VVS, Ludwigsburgs Landrat Haas, müsste in seiner weiteren Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Regionalen Kliniken Holding ein Interesse am Abbau von Tarikhürden haben, wenn in der Holding zum Beispiel Patienten von Mühlacker nach Ludwigsburg geschickt werden und umgekehrt und Angehörige, die auf den ÖPNV angewiesen sind, diese besuchen wollen.

Auch der Einzelfahrschein des Metropoltickets – für neun Verbände zwischen Aalen und Alpirsbach - lässt auf sich warten, da sich der Landkreis Schwäbisch Hall dagegen ausgesprochen hatte. Deshalb wäre es ja wichtig gewesen, wenn wenigstens eine erste Stufe des Landestarifes 2016

gestartet wäre - aber da hat die SPD erfolgreich eine Mitfinanzierung des Landes verhindert. Man hat den Eindruck, dass der dringend notwendige Abbau der Tarifhürden maximal im Schneckentempo geschieht.

Sie, Herr Landrat, kündigten in ihrer Haushaltsrede weitere Untersuchungsaufträge für den Metrobus Pforzheim/westlicher Enzkreis an. Wir sind dagegen, solange die Stadt Pforzheim ihre Hausaufgaben nicht gemacht hat. Ist sie bereit, die notwendigen Busspuren anzulegen? Niemand weiß was. Zu allen Bedenken an der Sinnhaftigkeit des Metrobus: Die Stadt ist am Zug, sie kann sich nicht aus der Mitverantwortung herausmogeln wie schon bei der Diskussion um eine Stadtbahn Ittersbach-Pforzheim. Mit großer Aufmerksamkeit nehmen wir zur Kenntnis, dass die Gemeinde Straubenhardt für sich eine Stadtbahnanbindung ab Ittersbach prüfen lässt. Da müssten doch im Pforzheimer Rathaus die Alarmglocken schrillen – sofern dort solche vorhanden sind. Will die Stadt hinnehmen, dass sich der westliche Enzkreis noch stärker nach Karlsruhe orientiert? Der Ball liegt jedenfalls seit Jahren im Feld der Stadt. Und die spielt ihn nicht.

Noch ein Wort zu Abfallwirtschaft: Die Reduzierung der Restmüllmengen spart Kosten. Deshalb ist eine Strategie zur Reduzierung der Fehlwürfe von Biomüll in die schwarze Tonne notwendig, die auch über die Steuerungsfunktion von Gebühren erfolgen kann. Andere Landkreise sind Vorreiter: der Rhein-Neckar-Kreis mit seinen kostenlosen Leerung der Biotonne, Ludwigsburg mit der Halbierung der Leerungsgebühr auf 50 Cent.

Es wird auch künftig darauf ankommen, Entlastungen vorzunehmen. Wenn wir in einer Gemeinde wie Illingen eine Westumgehung als Kreisstraße bauen, verändern sich bestehende Kreisstraßen in ihrem Charakter. Deshalb bestehen wir darauf, dass Illingen zum Ausgleich die Bahnhofstraße oder die Schützinger Straße in ihre Straßenbaulast übernimmt.

Meine Damen und Herrn, der Haushalt 2015 ist solide. Die CDU-Fraktion wird ihm zustimmen, verbunden mit der Bitte, künftig Vorbelastungen auf die Investitionen vor Beginn der Etatberatungen zu vermeiden. Zugesagt hat die Verwaltung, für die nächsten Haushaltsberatungen auch eine Aufstellung der notwendigen Investitionen künftiger Jahre als „Merkposten“ vorzulegen.

Wir danken für die kollegiale Zusammenarbeit im Kreistag und mit dem Landrat, wird danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihren Einsatz, vor allem aber Ihnen Herr Stephan und Ihrem Team für die Aufbereitung des Zahlenwerks und die offene Art bei den Beratungen. Unser Dank gilt besonders auch der Geschäftsstelle des Kreistags.